



UNTERNEHMERVERBAND
Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.



UV
Unternehmerverband
Rostock-Mittleres Mecklenburg



KOOPERATION DER REGIONALEN UNTERNEHMERVERBÄNDE IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Pressemitteilung – 26.09.2022

Die Unternehmensverbände in Mecklenburg-Vorpommern appellieren im Vorfeld der MPK am 28.9.2022 an die Politik in Land und Bund:

Nordostwirtschaft fordert: Politik muss handeln – SOFORT!!

Der Mittelstand in Ostdeutschland ist derzeit auf vielen Ebenen schwersten Belastungen ausgesetzt. Auch 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung und nach den Jahren der Corona-Pandemie können viele Unternehmen noch nicht auf ausreichend Eigenkapital und Rücklagen zurückgreifen, um die Kostenlawine abzufedern und längere Krisenzeiten durchzustehen. Die bisherigen Entlastungspakete werden der schwersten Lage unserer Unternehmen in der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns in keinsten Weise gerecht. Weiten Teile des hiesigen Mittelstandes können die aktuell geplanten Entlastungen nicht genug helfen. Die Nordostwirtschaft fordert: Politik muss handeln – SOFORT!

Entlastungen für den Mittelstand sofort auf den Weg bringen - geforderte Maßnahmen:

1. Energieangebot spürbar erhöhen!

Es muss sichergestellt werden, dass sämtliche in Deutschland verfügbaren Energieerzeugungsanlagen produzieren können. Solange es technisch möglich ist, sind die Kapazitäten der Kohle- und Ölkraftwerke weiter hochzufahren. Kernkraftwerke müssen temporär in Betrieb bleiben. Die Energieerzeugung aus Biomasse ist zu erhöhen und der Ausbau von Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien muss beschleunigt werden. Jegliche bestehenden Nutzungseinschränkungen müssen in der derzeitigen Situation aufgehoben werden, um die momentan preistreibende Gasverstromung zu reduzieren. Insbesondere ist die Zahl von ausgegebenen CO₂-Zertifikaten sofort und spürbar zu erhöhen, um zusätzliche Kraftwerkskapazitäten im konventionellen Bereich erschließen zu können und um insgesamt preisdämpfende Wirkungen zu erzielen.

2. Grundversorgung für alle Unternehmen sicherstellen!

Leistungsgemessene Kunden fallen bei Ausfall ihres Energieversorgers oder Auslaufen ihres Versorgungsvertrages nicht in die Grund- oder Ersatzversorgung. Da aktuell kaum Strom und/oder Gasversorger mangels Verfügbarkeit am Markt Lieferverträge anbieten, droht diesen Unternehmen die zwangsweise Abschaltung oder die Zahlungsunfähigkeit aufgrund des Energiepreinsniveaus. Daher ist auch leistungsgemessenen Kunden der Zugang zur Grundversorgung uneingeschränkt zu ermöglichen. Hierbei ist eine dauerhafte Lösung notwendig, die nicht nach drei Monaten endet.

3. Energiepreisdeckel für alle Energieträger!

Bund und Länder müssen für eine bezahlbare Energieversorgung der Wirtschaft sorgen. Viele Maßnahmen zur Entlastung und Umsteuerung würden unnötig werden, wenn es einen Preisdeckel auf alle Energieträger gäbe und dieser schnell greifen könnte, um marktberuhigend zu wirken.

4. Aussetzen, Aufschieben oder Überdenken aller zusätzlicher Belastungen der Wirtschaft!

Staatliche Abgaben auf Energieträger (Stromsteuer und Energiesteuer auf Gas) sind auf europäische Mindestsätze zu reduzieren. Ob Urteil zur Arbeitszeiterfassung/Arbeitszeitschutzgesetz, die Erhöhung des Mindestlohns, die Einführung neuer Feiertage in manchen Bundesländern, etc., alle Reglementierungen und Kostentreiber, die die deutsche Politik selbst in der Hand hat und beeinflussen kann, sollten bis zur Überwindung der schwersten Energie- und Wirtschaftskrise in der deutschen Nachkriegsgeschichte ausgesetzt werden. Vorrang muss derzeit all das haben, was die Lage stabilisiert und damit Handlungsoptionen für die Zukunft eröffnet. Dazu zählt auch die gezielte Entlastung der Sozialabgaben bei niedrigen und mittleren Einkommen und die Senkung der Einkommenssteuer, anstatt durch die eilig durch die Politik geschaffene Möglichkeit einer steuer- und abgabefreien Lohnzahlung von bis zu 3.000 € mit dem politischen Zeigefinger auf die ohnehin gebeutelten Unternehmen zu zeigen, um so von der Verantwortung des Bundes und der Länder abzulenken. Viele Unternehmen können diese „Inflationsprämie“ gar nicht zahlen, und das weiß die Politik ganz genau, wenn nicht, dann macht es das nicht besser! Realpolitisches Ziel muss sein: Mehr Netto vom Brutto! Nur so kommt Entlastung bei den Beschäftigten auch an.

5. Kurzarbeit auch für Produktionsdrosselung auf Grund von Energiekosten ermöglichen!

Neben einfachen und unbürokratischen Verfahren bzgl. notwendiger Kurzarbeit, muss die Grundlage für ein Anrecht auf Kurzarbeit angepasst werden. Nicht nur ein „Mangel an Arbeit“, sondern auch eine „Nicht Durchführbarkeit“ der wirtschaftlichen Tätigkeit auf Grund der gegenwärtigen und weiter steigenden Energiekosten, muss als relevant anerkannt werden. Diese nicht vorhersehbare und nicht beeinflussbare Lage als „unternehmerisches Risiko“ zu bewerten und damit die Anträge abzulehnen, kann von der Politik nicht ernst gemeint sein. Damit würden in kürzester Zeit Arbeitslose „produziert“ werden, die bei späterer Besserung der Lage und fallender bzw. gedeckelter Energiepreise nicht schnell genug oder gar nicht mehr in ihre Unternehmen, auch nicht in systemrelevante Unternehmen, zurückkehren würden. Die Grundversorgung der Bevölkerung ist so in Gefahr!

6. Niederschwellige Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen!

Der Zugang zu Unterstützungsleistungen und Förderprogrammen muss einfach, schlank und zügig erfolgen können. Das gilt auch für den dringend energieartenübergreifenden Energiepreisdeckel.

7. Behinderungen bei Energiesparen und -produktion aufheben!

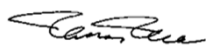
Maßnahmen zur Energieeinsparung müssen erleichtert werden. Auf verpflichtende Vorgaben ist zu verzichten. Maßnahmen zum Energiesparen und zur Energieerzeugung müssen zeitnah und rechtssicher normiert sein. Neben der Technologieoffenheit muss es Ziel der deutschen Energiepolitik seine, eine diversifizierte lokale Produktion (Energiewandlung), Zwischenspeicherung und lokale Verwendung von Energien zu ermöglichen und zu gewährleisten. So entsteht dringend notwendige lokale Wertschöpfung, unabhängiger von Lieferungen aus dem Ausland und von wenigen Quellen.

8. Preisfindungsmechanismen am Strommarkt überprüfen!

Um eine preisdämpfende Wirkung zu erzielen, muss durch eine Veränderung des „Marktdesigns“ die – aufgrund der Volatilität der Strompreise und der damit verbundenen Verpflichtung zur Zahlung sogenannter Margin Calls hervorgerufene – Illiquidität des Terminmarktes (Handel von großen Mengen) beseitigt werden. Zufalls- oder Übergewinnsteuern lehnen wir ab. Zur Abschöpfung der

durch das Merit-Order-Prinzip derzeit hervorgerufenen „Windfall-Profite“, insbesondere für Produzenten der regenerativen Energien, könnte geprüft werden, statt einer Zufalls- oder Übergewinnsteuer, im Gegenzug zur erhaltenen EEG-Umlage, eine Umlage zu erheben.

Als Interessenvertreter unserer Mitgliedsunternehmen fordern wir als die drei branchenübergreifenden Unternehmensverbände in MV wirtschaftsadäquates, konkretes Handeln der verantwortlichen Politiker in den Ländern und im Bund. Die Nordostwirtschaft fordert: Politik muss handeln – SOFORT!



Thomas Tweer
UV Norddeutschland
Mecklenburg-Schwerin e.V.



Frank Haacker
UV Rostock- Mittleres
Mecklenburg e.V.



Gerold Jürgens
UV Vorpommern e.V.